



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2021;

hier: Digital VI – Zuschüsse und sonstige Ausgaben im Bereich 6. Generation

Mobilfunk

(Kap. 07 02 Tit. 883 74)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 02 Tit. 883 74 wird der Ansatz von 25.000,0 Tsd. Euro um 5.000,0 Tsd. Euro auf 30.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 13 Tit. 517 11 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Im Breitbandausbau befindet sich Bayern hinter Niedersachsen, Schleswig-Holstein, den Niederlanden, England, Norwegen und Island. Reine Glasfaseranschlüsse sind nur für 11,6 Prozent der Haushalte in Bayern verfügbar. Jedoch ist das Staatsministerium für Digitales nicht für den Breitbandausbau zuständig. Darum kümmert sich das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, das zum Staatsministerium der Finanzen und für Heimat gehört. Für rund 40 Prozent der bayerischen Unternehmen ist die aktuelle Festnetz- und Mobilfunkinfrastruktur nicht ausreichend. Beim Anteil der Haushalte mit LTE-Mobilfunk (4G) liegt Deutschland hinter Ländern wie China und Ungarn. Im Bereich 4G-Netzabdeckung und Mobilfunkbreitbandnutzung liegt Deutschland auf Platz 23 aus den 27 EU-Ländern. Jedoch ist das Staatsministerium für Digitales auch hierfür nicht zuständig: die Netzabdeckung für Handys kontrollieren das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Der Ausbau des 5-G- und 6-G-Netzwerkes ist vor allem bei Industriestandorten zu forcieren. Gleichzeitig müssen medizinische Studien über die langfristigen gesundheitlichen Effekte der 5-G- und 6-G-Technologien finanziert werden.

Der marktorientierte eigenfinanzierte Netzausbau soll vorrangig stimuliert werden. Aber auch staatliche Investitionen in die technische Infrastruktur müssen effizienter werden. Hierbei sollen die Akquise neuer Mobilfunkstandorte vereinfacht, die Genehmigungsverfahren beschleunigt, Gigabit-Voucher an Unternehmen verteilt, und die Gigabit-Anbindung von Behörden vorangetrieben werden. Datenverwaltungsverfahren und -konventionen sollten harmonisiert und gemeinsame Vorlagen für den Datenaustausch vereinbart werden. Datenstrategien zur Unterstützung grenzüberschreitender Unternehmen müssen implementiert werden. Das digitale Förderwesen für Unternehmen muss vereinfacht werden.